

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

122 (14.10.1947)

Druck u. Verlag: Badendruck, GmbH, Karlsruhe, Lammstr. 1b-5. Telefon 4613/37. Ausgaben für Karlsruhe, Rhe-Land, Pforzheim (Obersteinstr. 18) und für Bruchsal, Friedrichstr., Kaufm. Schardt.



BADISCHE NACHRICHTEN

Karlsruhe, Dienstag, 14. Oktober 1947
Einzelverkaufspreis 30 Pf. Monats-Bezugspreis RM 2.20. Post-
zugang RM 2.60 zuzügl. Zustellgebühr. Anzeigerp. Die Tages-
Nonp.-Zeile RM 2.—; Ausg. Pforzh. RM 1.—. Amtl. Anz. d. Hälfte

NEUESTE NACHRICHTEN

Wirtschaftsrat erhält neuen Namen

In Zukunft: „Wirtschaftsrat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet“ Ein Zentralratsverteilungsgesetz angenommen

Frankfurt, 12. Okt. (Dena) Die Vollversammlung des Zentralratsvereinigtes Wirtschaftsgebietes am 11. Okt. in einstimmigem Beschluß hat den offiziellen Namen des Wirtschaftsrates festgelegt. Nach einem Vorschlag des Hauptgeschäftsrates, der ohne Debatte einstimmig angenommen wurde, nennt er sich künftig: „Wirtschaftsrat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet“ (amerikanisches und britisches Besatzungsgebiet in Deutschland).

Einstimmig nahm der Wirtschaftsrat in erster und zweiter Lesung das Zentralratsverteilungsgesetz und einen Antrag des Wirtschaftsrates auf Änderung des „Gesetzes über die Beschränkung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen“ vom 3. Oktober an. Das Zentralratsverteilungsgesetz überträgt dem Direktor für Wirtschaft das Recht über die Verteilung von Kraftfahrzeugen, Kraftmaschinen und Kraftwagen in den Besatzungsgebieten zu entscheiden. Erden, Kohle, Gas und Wasser versorgung zugeleitete Güter Anwendungen zu geben.

Als Änderung des Verkehrsbeschränkungs-
gesetzes für Kraftfahrzeuge wurde beschlossen, daß alle nicht zugelassenen Kraftfahrzeuge der zuständigen Straßenverkehrsbehörde zu melden sind.

In der Debatte über das Zentralratsverteilungsgesetz, in der der KPD-Abgeordnete Ludwig Beck er die Einstellung der Stromabfuhr aus Deutschland forderte, solange in Deutschland so große Stromknappheit herrsche, wie der Direktor für Wirtschaft, Dr. Johannes S c m e t t e r, darauf hin, daß die Stromabfuhr auf Anordnung der Militärregierungen durchgeführt würde. Auf Grund eines Übereinkommens mit den Alliierten sollte die Reparatur weiterer Elektrizitätswerke durch beiderseitige Zuweisungen von Baumaterial noch vor dem Winter abgeschlossen werden. Ein Antrag des Exekutivrates, wonach dem Rat ein Ausschuss von Vertretern der Länder ein gewisses Mitbestimmungsrecht

Molotow schreibt an Marshall

London, 12. Okt. (Dena-Reuter) Der sowjetische Außenminister Wladislaw Molotow hat am 12. Okt. den amerikanischen Außenminister George C. Marshall davon unterrichtet, daß die Haltung der US-Delegation in Korea auf „die Tatsache hindeute“, daß sie die Arbeit der gemeinsamen Kommission nicht fortzusetzen gedenke.

Die Haltung der US-Delegation habe die Bildung einer vorläufigen demokratischen Regierung in Übereinstimmung mit den Moskauer Entscheidungen unmöglich gemacht und so die Bildung eines einheitlichen demokratischen Staates in Korea verhindert. In Anbetracht dieser Lage habe die UdSSR ihre Delegation angewiesen, der Kommission einen neuen Vorschlag zu unterbreiten, danach soll der Bevölkerung Koreas Gelegenheit gegeben werden, selbst eine Regierung unbeeinträchtigt von der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten zu bilden.

KPD-SED tagte in Frankfurt

Frankfurt, 12. Oktober (Dena) Erich G n i f f k e vom Zentralsekretariat der SED erklärte am 11. Okt. in einer Pressekonferenz, die SED habe weder eine Einladung zur Beteiligung an dem neu gegründeten kommunistischen Informationsbüro in Belgrad erhalten, noch seien ihre Informationen darüber zugegangen.

Das Informationsbüro bedeute keinesfalls eine Neugründung der Komintern. Es sei natürlich das Bestreben jedes Sozialisten, internationale Verbindungen anzuknüpfen. Zur Struktur des Wirtschaftsraates erklärte G n i f f k e, dieser sticht nach Ansicht der SED nicht auf demokratischer Basis, da zur Bestellung der Abgeordneten keine Volkswahlen stattgefunden hätten.

Die gegenwärtige Notlage erfordere eine Planwirtschaft gleich der in der Sowjetzone.

USA befürworten Teilung Palästinas

Endgültige Erklärung vor der Vollversammlung der UN USA können sich der Verantwortlichkeit nicht entziehen

Die Juden sollen nach Palästina - Araber antworten mit Truppenzusammenziehung

New York, 12. Okt. (Dena-Reuter) Der amerikanische Delegierte Herschel J o h n s o n gab am 11. d. Mts. vor dem Palästina-Ausschuß der UN-Vollversammlung die seit längerer Zeit erwartete Erklärung über die Palästina-Politik der USA ab, in der die Vereinigten Staaten die Teilung dieses Landes in einen jüdischen und einen arabischen Staat befürworten, wie dies in dem Mehrheitsbericht des UN-Palästina-Untersuchungsausschusses empfohlen wird.

Die Vereinigten Staaten billigten gleichfalls die in dem Mehrheitsbericht vorgeschlagenen Richtlinien für eine jüdische Einwanderung nach Palästina und schlugen ferner die Bildung einer besonderen freiwilligen internationalen Polizeitruppe vor, die durch die UN aufgestellt werden soll.

Johnson analysierte die Haltung der USA zum Palästina-Problem folgendermaßen: Die UN-Delegation halte dieses Problem für so groß, daß die Vollversammlung auf ihrer vorläufigen Sitzung eine Lösung empfehlen mußte. Die USA sind der Ansicht, daß sie sich nicht einer Verantwortlichkeit hinsichtlich des Schicksals der damals befreiten Völker entziehen können. Die amerikanische Regierung vertritt früher den Stand-

Eine Balkan-Kommission gebilligt

Die Sowjetunion will nicht beitreten - Truman-Doktrin und Marshall-Plan als „wirtschaftliche Versklavung“ hingestellt

New York, 12. Okt. (Dena) Der politische Ausschuß der UN-Vollversammlung billigte am 10. Okt. die Bildung einer Balkan-Kommission, der Vertreter der 5 Großmächte Australien, Pakistan, Mexiko, Brasilien und der Niederlande angehören. Gleichzeitig wurde der Vorschlag Kanadas angenommen, wonach der Sowjetunion und Polen in diesem Ausschuß „Plätze reserviert“ werden sollen.

Der Mufti von Jerusalem war Gegenstand heftiger Angriffe des Delegierten Guatemalas, Dr. Forge Garcia Granados. Jeder wise, erklärte der Delegierte, daß der Mufti von Jerusalem in der Palästinafrage eine unermessliche Aktivität, jenseitigen Patriotismus und Selbstvertrauen gezeigt habe. Auf der anderen Seite könne keiner umhin seine gezeigte skrupellose Grausamkeit, seine erbarmungslosen Drohungen und haßerfüllten Doktrinen zu verdammen.

Dem Plan zur Teilung Palästinas gab Großbritanniens volle Unterstützung. Diesen Vorschlag der Mehrheit des Palästina-Untersuchungsausschusses will er jedoch noch einen Zusatz hinzugefügt wissen, wonach eine internationale Streitmadt, die sich aus Truppen der kleinen Staaten zusammensetzt, zur Durchführung der Teilung Palästinas unter Verwaltung der Vereinten Nationen gebildet werden soll.

Der sowjetische Delegierte, Dr. A. Arutunian beschuldigte im UN-Wirtschaftsausschuß die Vereinten Staaten, durch die amerikanische Anleihe an Großbritannien die finanziellen Schwierigkeiten des Landes auszunutzen zu wollen. Der sowjetische Delegierte griff die „Truman-Doktrin“ und ihre zweite Ausgabe, den Marshall-Plan an und bezeichnete diese als Mittel für eine politische und wirtschaftliche Versklavung. Arutunian kritisierte dann die Wirtschaftskommission für Europa und den UN-Wirtschafts- und Sozialrat wegen des Entschlusses, voneinander unabhängige Beziehungen zu den einzelnen deutschen Besatzungszonen aufzunehmen. Dieses Verfahren würde in der Tat die Zerstückelung Deutschlands erleichtern und stehe nicht mit der Unterstützung einer Politik in Einklang, nach der Deutschland als wirtschaftliche Einheit betrachtet werden sollte.

Der politische Ausschuß der UN-Vollversammlung billigte am 11. Okt. einen britischen französischen Zusatzantrag, wonach in der von den Vereinten Staaten eingebrachten Resolution die Schuldfrage gegen Jugoslawien, Bulgarien und Albanien gelöst werden soll.

Die Kommission der Vereinten Nationen für West-Samoa hat am 12. Okt. in einem Bericht an den UN-Trughandelsausschuß die Bildung einer „Regierung von West-Samoa“ unter „neuseeländischer Verwaltung“ empfohlen.

Sowjetunion lehnt Beitritt ab

Der sowjetische Delegierte bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen Andrej Wytschinski teilte dem politischen Ausschuß der UN am 12. Okt. mit, die Sowjetunion werde nie der neugebildeten Balkan-Kommission, in der für sie und Polen Plätze reserviert seien, beitreten.

Berlin, 12. Okt. (Dena) Amerikanische Privatleute dürfen nach einer Anordnung der SMA die sowjet. Besatzungszone Deutschlands im Durchgangsverkehr von der amerikanischen Zone nach Schweden und der Tschechoslowakei nicht mehr passieren, wie die Transportabteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland am 11. d. Mts. mitteilte. Dieses Verbot wurde von der sowjetischen Militäradministration ohne Angabe von Gründen und auf unbestimmte Zeit ausgesprochen.

Sowjet-Verbot für Amerikaner

Berlin, 12. Okt. (Dena) Amerikanische Privatleute dürfen nach einer Anordnung der SMA die sowjet. Besatzungszone Deutschlands im Durchgangsverkehr von der amerikanischen Zone nach Schweden und der Tschechoslowakei nicht mehr passieren, wie die Transportabteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland am 11. d. Mts. mitteilte. Dieses Verbot wurde von der sowjetischen Militäradministration ohne Angabe von Gründen und auf unbestimmte Zeit ausgesprochen.

Kurz beleuchtet

Die Ernährungslage ist so ernst, die körperliche Verfassung jedes einzelnen, der nicht jahrelang Beziehungen hat, so schlecht, daß als erste Pflicht von den Verantwortlichen gefordert werden muß, für restlose Zuführung des zur Verteilung vorhandenen an Lebensmitteln zum Verbraucher zu sorgen. Der Landesverband Württemberg-Baden der Gemüse- und Früchtaufkäufer behauptet, das sei hinsichtlich des Obstes nicht geschehen, er erhebt schwerwiegende Vorwürfe sowohl gegen den Landwirtschaftsminister Stooß als auch gegen den Landtag. Der Minister habe wider besseres Wissen behauptet, ihm seien keine brauchbaren Vorschläge für die Kernobstverteilung gemacht worden, das Parlament habe die Angelegenheit als nebensächlich behandelt. Das ableferungspflichtige gute Tafelobst drohe in andere Gebiete versandt zu werden oder dem Erzeuger zur freien Verfügung zu bleiben, die notleidende Bevölkerung sei geprellt worden. — Tatsächlich ist, daß zwischen Obersten und der bisherigen Zuteilung an die Verbraucher ein unschönes Mißverhältnis besteht, Stimmen die Vorwürfe des Verbandes, so läge ein nicht scharf genug zu verurteilendes Versagen des behördlichen Erfassungs- und Verteilungsapparates vor, so wäre die Kritik an Minister und Parlament berechtigt, so ist dringend zu fordern, daß dem Verlangen des Verbandes nach sofortiger Beschlagnehmung der Obstvorräte entsprochen wird. — Offenkundig hat ein Recht an unverzügliche eindeutige Stellungnahme von Minister Stooß und Parlament zu dem Angriff des Verbandes. W. S.

Eine anti-amerikanische Kampagne in ganz Europa?

Paris, 12. Okt. (Dena-INS) Maßgebliche diplomatische Kreise in der französischen Hauptstadt erklärten am 10. d. Mts. dem INS-Korrespondenten Kingsbury Smith, sie hätten die genaue Bestätigung erhalten, daß die Sowjetunion eine anti-amerikanische Kampagne in ganz Europa angedacht habe, die durch die kommunistischen Parteiorganisationen auf dem Kontinent durchgeführt werden soll. Diese Befehle seien von dem Mitglied des Moskauer Politbüros, Andrej Z h a n d o w, auf der vor kurzem in Warschau abgehaltenen Geheimtagung neuer europäischer Länder bekanntgegeben worden.

Berichten zufolge sollen die französischen Kommunisten über die Befehle bestürzt sein, sich auf eine anti-amerikanische Kampagne zu konzentrieren, da das französische Volk allgemein auf den Marshall-Plan hoffe, der Frankreich vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch retten soll.

Bericht zufolge sollen die französischen Kommunisten über die Befehle bestürzt sein, sich auf eine anti-amerikanische Kampagne zu konzentrieren, da das französische Volk allgemein auf den Marshall-Plan hoffe, der Frankreich vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch retten soll.

De Gaulle beschuldigt Sowjetunion

Algier, 12. Okt. (Dena) General Charles de Gaulle beschuldigte am 12. d. Mts. die Sowjetunion, den Weltfrieden und die Sicherheit Frankreichs zu bedrohen.

Nachdem Hitlers Herrschaftspläne erst vor kurzer Zeit zerschlagen worden seien, befänden sich nun wieder andere totalitäre Kräfte am Werk, die sich ihrerseits über die ganze Welt ausbreiten wollten. Die Sowjetunion nütze die durch einen gemeinsamen Sieg erkämpften Vorteile aus, um zwei Drittel von Europa zu beherrschen.

Die Saar wählt ihr erstes Parlament - Unseres Bildes zeigen die Spitzenkandidaten der Parteien für die Landtagswahlen. Oben links: Johannes Hoffmann, Vorsitzender der CVP, Oben rechts: Richard Kirn, Vorsitzender der SP, Unten links: Staatskommissar Richard Krawinkel, Vorsitzender der Demokratischen Partei, und unten rechts: Friedrich Nickolay, Vorsitzender der saarländischen KP. (Dena-Bild)



Die Saar wählt ihr erstes Parlament - Unseres Bildes zeigen die Spitzenkandidaten der Parteien für die Landtagswahlen. Oben links: Johannes Hoffmann, Vorsitzender der CVP, Oben rechts: Richard Kirn, Vorsitzender der SP, Unten links: Staatskommissar Richard Krawinkel, Vorsitzender der Demokratischen Partei, und unten rechts: Friedrich Nickolay, Vorsitzender der saarländischen KP. (Dena-Bild)

„Deutschland hat keine Möglichkeit entscheidend gehört zu werden“

Heidelberger „Aktionsgruppe“ diskutiert völkerrechtliche Lage Deutschlands

Heidelberg, 12. Okt. (Dena) Die Erziehungsinstitut der dritten diesjährigen Arbeitstagung der Heidelberger „Aktionsgruppe“ am 10. d. Mts., während der als Hauptreferenten Prof. Dr. Karl Geiler und Staatsrat Prof. Karl Schmitt auftraten, behandelte vor allem die völkerrechtliche Lage Deutschlands.

Es wurde die Meinung vertreten, daß Deutschland zur Zeit als Ganzes nicht die Möglichkeit habe, vor den für Deutschland wichtigen Entscheidungen der Alliierten gehört zu werden.

Als Ergebnis der Diskussion über die völkerrechtliche Lage Deutschlands wurde folgende Entscheidung abgegeben: „In Ergänzung unserer Resolution vom 10. April 1947 über die Neutralität Deutschlands und den Frieden halten wir folgendes für nötig: 1. In der deutschen Verfassung muß zum Ausdruck gebracht werden, daß für Deutschland der Krieg kein Mittel der Politik ist. Jede Maßnahme, die dazu bestimmt ist, das Führen von Kriegen vorzubereiten oder zu ermöglichen, soll für verfassungswidrig erklärt werden. Jede Leistung von Kriegsdienst ist verboten. Kein Deutscher darf sich zum Ausland für Arbeiten anwerben lassen, welche kriegstechnisch wesentliche Konsequenzen haben können. Solange kein deutscher Gesamtstaat besteht, müssen diese Grundsätze in die Verfassungen der Länder aufgenommen werden.“

Endgültiger Demontageplan in der kommenden Woche

Berlin, 12. Oktober (Dena) Der neue endgültige Demontageplan soll dem Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Professor Dr. Eric Nötting, in der kommenden Woche ausgehändigt werden, gab dieser am 12. d. M. in einer Versammlung in Dortmund bekannt. Gegenüber dem früheren Demontageplan sollen wesentliche Änderungen erfolgt sein.

Die Reparationsleistungen werden durch beiderseitige Zuweisungen von Baumaterial noch vor dem Winter abgeschlossen werden. Ein Antrag des Exekutivrates, wonach dem Rat ein Ausschuss von Vertretern der Länder ein gewisses Mitbestimmungsrecht

Cahn-Garnier für Veit gewählt

Stuttgart, 12. Okt. (Dena) Zu Beginn der Freitagsitzung des württembergisch-badischen Landtages wurde auf Vorschlag des SPD-Abgeordneten Rudolf Gehring der Abgeordnete Cahn-Garnier für die Veit gewählt.

Sonderstelle Geld und Kredit

Frankfurt, 12. Okt. (Dena) Die auf Veranlassung des Zweizeinigen Wirtschaftsraates gebildete „Sonderstelle Geld und Kredit“ hat die Verwaltung für Finanzen am 11. Okt. mitteilt, ihre Tätigkeit aufgenommen. Dem neuen Amt obliegen alle Vorbereitungen der Währungsreform, zur Besichtigung des „Währungsreform“ an Zahlungsmitteln und zur Finanzreform.

Im Telegrammstil

Washington. Die Vereinten Staaten haben die Möglichkeit einer Neuüberprüfung der Konferenz der 16 europäischen Nationen unter dem Marshall-Plan geäußert. (Dena-Reuter)

New York. Der Sicherheitsrat lehnte am 11. d. Mts. einen Vorschlag des britischen Delegierten Alexander C o g g a n ab, daß der Dreierausschuß des Rates, dem die Vereinten Staaten, Australien und Indien angehören, in Indonesien gemeinsam mit dem bereits an Ort und Stelle tätigen Konsularausschuß so schnell wie möglich eine vorläufige demarkations-Linie ziehen sollte. (Dena-Reuter)

Santiago de Chile. Unbekannte Personen beschossen am Freitag die hesige sowjetische Botschaft mit automatischen Waffen. (Dena-Reuter)

London. Die Jewish Agency veröffentlichte hier am Freitagabend eine Erklärung, in der es heißt, daß sich die Juden selbst verteidigen würden, falls die Araber zu den Waffen griffen, um Palästina zu besetzen. (Dena-Reuter)

London. Die britische Regierung beauftragte am 10. d. Mts. erneut ihre Streitkräfte trotz der gemeldeten arabischen Truppenzusammenziehungen an den Grenzen Palästinas zurückzuziehen. (Dena-INS)

London. Die Vereinten Staaten und Großbritannien haben am 10. d. Mts. ein Protokoll unterzeichnet, demzufolge das Land, das von Deutschland während des Krieges aus der Bank von Rom entnommen worden war, wieder an Italien zurückgegeben wird. (Dena-Reuter)

Paris. Der französische Ministerpräsident Paul Ramadier und Vertreter der französischen Gewerkschaften besprachen am 10. d. Mts. die Errichtung eines Verhandlungsbüros der Weltgewerkschaftsunion in Deutschland. (Dena-Reuter)

Wien. Die Viermächtekommision für den österreichischen Staatsvertrag beendete am 11. d. Mts. ihre Arbeit mit der Unterzeichnung des Schlussberichtes an den Außenminister der großen Vier. In der Erklärung sind noch einmal die unterschiedlichen Auffassungen zwischen der Sowjet- und den anderen Delegationen aufgeführt. Hauptgegenstand ist ein von den Deutschen Guthaben in Österreich gewesen. (Dena-Reuter)

Budapest. Die ungarischen Sozialdemokraten wollen die demokratische Partei in der Sowjetzone fortsetzen, jedoch ihre enge Zusammenarbeit mit den Kommunisten gegen Krieg und Hunger und für Frieden und Demokratie fortsetzen, heißt es in einer von den ungarischen sozialdemokratischen Partei am 11. d. Mts. veröffentlichten Erklärung. (Dena-Reuter)

Belgrad. Jugoslawien hat seine diplomatischen Beziehungen mit Chile abgebrochen. (Dena)

Angriff gegen Minister Stooß

Stuttgart, 12. Okt. (Dena) Der Landesverband der württembergisch-badischen Gemüse- und Früchtaufkäufer protestierte am 10. d. Mts. in einem Schreiben gegen die Erklärung des württembergisch-badischen Landwirtschaftsministers Heinrich Stooß, es seien ihm keinerlei brauchbare Vorschläge für die Kernobstverteilung der diesjährigen Ernte gemacht worden.

Die Kaufleute stellen in dem an das Landwirtschaftsministerium gerichteten Schreiben fest, daß diese Mitteilung des Ministers nicht die Tatsachen entspreche. Bereits vor längerer Zeit sei von den Vertretern der Erzeuger, „Gewerkschaften, Betriebsgabestellenleiter, sowie des Groß- und Einzelhandels ein präziser Vorschlag über die Verteilung des Kernobstes gemacht und die totale Ableiferungspflicht verlangt worden. Das Obst sei da und durch die Maßnahmen des Landwirtschaftsministeriums den Verbrauchern entzogen worden.

„In Anbetracht der katastrophalen Ernährungslage“, so heißt es in dem Schreiben weiter, „fordern wir nunmehr eine sofortige Beschlagnahme der gesamten Obstvorräte. Das Ergebnis der geradezu laienhaften Organisation auf diesem Gebiet ist ein völliges Chaos.“

Die Kaufleute stellen in dem an das Landwirtschaftsministerium gerichteten Schreiben fest, daß diese Mitteilung des Ministers nicht die Tatsachen entspreche. Bereits vor längerer Zeit sei von den Vertretern der Erzeuger, „Gewerkschaften, Betriebsgabestellenleiter, sowie des Groß- und Einzelhandels ein präziser Vorschlag über die Verteilung des Kernobstes gemacht und die totale Ableiferungspflicht verlangt worden. Das Obst sei da und durch die Maßnahmen des Landwirtschaftsministeriums den Verbrauchern entzogen worden.

„In Anbetracht der katastrophalen Ernährungslage“, so heißt es in dem Schreiben weiter, „fordern wir nunmehr eine sofortige Beschlagnahme der gesamten Obstvorräte. Das Ergebnis der geradezu laienhaften Organisation auf diesem Gebiet ist ein völliges Chaos.“

NEUESTE NACHRICHTEN

Schicksalsgemeinschaft gegen die Not

Der Sommer erscheint nicht mehr als eine Jahreszeit der Erholung, sondern nur noch als eine zu kurz geratene Atempause zwischen zwei Wintern, die unser Leben bedröhen.

Komintern, SED und KPD

Die kommunistische Internationale ist wiedererstandene, in Konsequenz der äußerst verschärfte[n] Gegensätze zwischen Ost und West.

Im urdemokratischen Bayern

Man hielt ihn für ein für ausgemergelt, den Helfer Hitlers, den "Herrnküch", nämlich, einmal die Leiter der Redaktionsleitung der Berliner Konspirationstheorie von Diplomaten und Politikern konservativ-feudalistischer Prägung.

Kriegsgefangene in Polen

Langner Albert, geb. 9. 12. 1927, Langner Egon 15. 6. 1910, Langner Franz 5. 8. 1910, Langner Franz 15. 10. 1929, Langner Franz 19. 10. 1903, Mansow Richard, 11. 2. 1903, Mansow Richard, 19. 8. 1906, Mantau Bernhard, 7. 10. 1906.

Interessantes in Kürze

Die Welt ist klein. In Mailand brach ein Taschendieb mit einer gestohlenen Brieftasche von der Straßenbahn ab, durchsuchte einmal schnell seine Beute.

CUNDINAMARCA

Während dieser Unterhaltung protokollierte der kleine Staatschreiber mit Wonne, die seine Unternehmung nicht als großartig empfand.

Die SPD im politischen Schachspiel

Karlsruhe, 13. Okt. (G. W. Eigenbericht) Im vollbesetzten Kantensaal von Hald & Neupfand am 11. Okt. fand die Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag, Alex Möller, vor den Karlsruhe Sozialdemokraten über das Thema: "Was macht die SPD?"

Notruf an die Besatzungsmächte

Düsseldorf, 13. Okt. (Dena) Die Ministerpräsidenten der britischen Zone, die am 10. d. Mts. zu einer Konferenz zusammentrafen, haben an ihrem ersten Sitzungstage in mehreren Entschliessungen bestimmt, die Forderungen zur Abwendung der dringenden Notstände aufgestellt.

Die Grenzen der Verantwortung

Frankfurt, 13. Okt. (Eig. Ber. - sch.) Die CDU-Fraktion hat am Dienstagabend in der Sitzung des Bundesausschusses der CDU für die deutsche Zone die Verantwortung der Besatzungsmächte für die Verbrechen der Nazis und die Verantwortung der Deutschen für die Verbrechen der Alliierten erörtert.

Kriegsgefangene in Belgien

Brüssel, 13. Okt. (Dena-Ins) Das belgische Arbeitsministerium gab am 4. d. Mts. bekannt, daß alle deutschen Kriegsgefangenen in Belgien spätestens Ende Oktober entlassen werden sollen.

Was die christliche Offenbarung als Dogma verkündet, das Herz der Menschen nach einem allgemeinen, die Welt umspannenden Frieden erschaut, Wissenschaft und Technik zur wirtschaftlichen Notwendigkeit werden lassen, was die fortschrittlichsten und idealsten Geister in allen Epochen der Erde offenbart, ist nunmehr zu einem Postulat der allgemeinen Politik geworden.

Deutsche Frauen bekommen ihren Friedenswillen

Es hat schon mehr Friedenskundgebungen gegeben, in kleineren Kreisen oder im Rahmen von Parteiveranstaltungen, unter Delegierten mannigfarbiger Organisationen, und es wurde dort der Friedenswille durch eine Begegnung mit den führenden Frauen der Welt zum Ausdruck gebracht.

Die katholischen Frauen hatten zu dieser Kundgebung aufgerufen, und sie knüpften dabei an frühere Friedensaktionen an, indem sie zum Ort ihrer Kundgebung die Frauen von 1917, die nicht nur den Führerinnen der Inflation dann 1929 fertiggestellt und geweiht worden war, ein Jahrzehnt nach dem ersten Friedensschluß und ein weiteres Jahrzehnt nach dem Ausbruch des Weltkrieges anriefen.

Zweitens gilt der Anruf zur Mitarbeit auch uns. Wir sind also nicht abgeschrieben, sondern haben — gegenüber den Führerinnen — eine Aufwertung erfahren. Freilich ist für uns Deutsche alles unendlich viel schwerer, weil das meiste, was eine Nation zum materiellen Leben benötigt, verloren ging. Einiges davon wurde in der Zwischenzeit mit beträchtlichen Anstrengungen, weitestgehend freudig, Männer, die dafür nicht immer den Dank ihrer Umwelt ernten, wieder hergestellt. Wir meinen dann die Formen der Demokratie. Aber wie sieht es mit dem Inhalt? Befriedigt sich die Idee der Demokratie, die Wahrheit und Gerechtigkeit einschließt, nicht in einem schreienden Widerspruch, zu dem, was sich z. Zt. in wirtschaftlichen Bereich entwickelt?

Automatische Transferierbarkeit europäischer Währung erwähnt

London, 13. Okt. (Dena-Telet) Vorschläge für eine automatische Transferierbarkeit der europäischen Währung untereinander um einen größeren Warenaustausch zu erreichen, als unter dem gegenwärtigen System zweiseitiger Handelsabkommen möglich ist, sind in einem Bericht enthalten, der hier am 12. d. Mts. von dem Finanzkomitee der Föderation Wirtschaftsforschung und Zahlungsmittelkommitee veröffentlicht wurde.

Die SPD im politischen Schachspiel

Die SPD hat im Landtag ein politisches Schachspiel gespielt, das die Partei in den letzten Monaten im Landtag gespielt hat, die die Abänderungsvorschläge der SPD abgelehnt haben.

Die SPD hat im Landtag ein politisches Schachspiel gespielt, das die Partei in den letzten Monaten im Landtag gespielt hat, die die Abänderungsvorschläge der SPD abgelehnt haben.

Die Grenzen der Verantwortung

Die Grenzen der Verantwortung für die Verbrechen der Nazis und die Verantwortung der Deutschen für die Verbrechen der Alliierten erörtert.

Kriegsgefangene in Belgien

Das belgische Arbeitsministerium gab am 4. d. Mts. bekannt, daß alle deutschen Kriegsgefangenen in Belgien spätestens Ende Oktober entlassen werden sollen.

Interessantes in Kürze

Die Welt ist klein. In Mailand brach ein Taschendieb mit einer gestohlenen Brieftasche von der Straßenbahn ab, durchsuchte einmal schnell seine Beute.

CUNDINAMARCA

Während dieser Unterhaltung protokollierte der kleine Staatschreiber mit Wonne, die seine Unternehmung nicht als großartig empfand.

Automatische Transferierbarkeit europäischer Währung erwähnt

London, 13. Okt. (Dena-Telet) Vorschläge für eine automatische Transferierbarkeit der europäischen Währung untereinander um einen größeren Warenaustausch zu erreichen, als unter dem gegenwärtigen System zweiseitiger Handelsabkommen möglich ist, sind in einem Bericht enthalten, der hier am 12. d. Mts. von dem Finanzkomitee der Föderation Wirtschaftsforschung und Zahlungsmittelkommitee veröffentlicht wurde.

Das freie Wort

Herr E. Gelombek Karlsruhe, Sündenmesterei, schreibt uns u. a.: Zufällig wurde ich neulich Zeuge folgenden Vorfalles: In Bittlingen war eine Frau schwach erkrankt. Der Arzt schickte das Kind der Frau (13 Jahre) in die Apotheke nach Königbach (3 Kilometer Entfernung).

Notruf an die Besatzungsmächte

Düsseldorf, 13. Okt. (Dena) Die Ministerpräsidenten der britischen Zone, die am 10. d. Mts. zu einer Konferenz zusammentrafen, haben an ihrem ersten Sitzungstage in mehreren Entschliessungen bestimmt, die Forderungen zur Abwendung der dringenden Notstände aufgestellt.

Die Bremer Verfassung mit knapper Mehrheit angenommen

Bremen, 13. Okt. (Dena) Nach dem am 10. d. Mts. in mehreren Sitzungen im Landtag angenommenen Entwurf der Bremer Verfassung mit knapper Mehrheit (Wahlberechtigte Bremer und Bremerhavener) ist im Wahltag am Sonntag die Bremer Verfassung mit Dreiviertelmehrheit, der Artikel 41 der Verfassung mit knapper Mehrheit angenommen worden.

Gebetswoche für Kriegsgefangene

Die Evangelische Kirche Badens führt die von der Evangelischen Kirche im Reich vorgeschriebene Gebetswoche für die Kriegsgefangenen in Baden in der Zeit vom 18. bis 25. Oktober durch.

Die Grenzen der Verantwortung

Frankfurt, 13. Okt. (Eig. Ber. - sch.) Die CDU-Fraktion hat am Dienstagabend in der Sitzung des Bundesausschusses der CDU für die deutsche Zone die Verantwortung der Besatzungsmächte für die Verbrechen der Nazis und die Verantwortung der Deutschen für die Verbrechen der Alliierten erörtert.

Kriegsgefangene in Belgien

Brüssel, 13. Okt. (Dena-Ins) Das belgische Arbeitsministerium gab am 4. d. Mts. bekannt, daß alle deutschen Kriegsgefangenen in Belgien spätestens Ende Oktober entlassen werden sollen.

Interessantes in Kürze

Die Welt ist klein. In Mailand brach ein Taschendieb mit einer gestohlenen Brieftasche von der Straßenbahn ab, durchsuchte einmal schnell seine Beute.

CUNDINAMARCA

Während dieser Unterhaltung protokollierte der kleine Staatschreiber mit Wonne, die seine Unternehmung nicht als großartig empfand.

Automatische Transferierbarkeit europäischer Währung erwähnt

London, 13. Okt. (Dena-Telet) Vorschläge für eine automatische Transferierbarkeit der europäischen Währung untereinander um einen größeren Warenaustausch zu erreichen, als unter dem gegenwärtigen System zweiseitiger Handelsabkommen möglich ist, sind in einem Bericht enthalten, der hier am 12. d. Mts. von dem Finanzkomitee der Föderation Wirtschaftsforschung und Zahlungsmittelkommitee veröffentlicht wurde.

